



# Rentenversicherung in der Beraterfalle? Bundesrechnungshof kritisiert Millionen-Ausgaben

Michael Fiedler

**Die Deutsche Rentenversicherung Bund investiert seit Jahren Millionenbeträge in Strategie-, Organisations- und Digitalisierungsprojekte. Der Bundesrechnungshof hält einen Teil dieser Ausgaben für schlecht begründet und stellt sogar die Frage, ob die Behörde teilweise Aufgaben verfolgt, die über ihren gesetzlichen Auftrag hinausgehen. Dahinter steckt eine grundsätzliche Debatte über die Modernisierung des Staates.**

## Millionen für Beratung und Transformation

Im Mittelpunkt der Kritik stehen Beratungs- und Transformationsprojekte, die die DRV Bund in den vergangenen Jahren beauftragt hat. Nach Auffassung des Bundesrechnungshofs wurden externe Dienstleister teilweise ohne ausreichende Bedarfsprüfung eingesetzt. Zudem fehle es bei einzelnen Vorhaben an nachvollziehbaren Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen und klaren Erfolgskriterien. Die Prüfer hinterfragen insbesondere Projekte rund um Organisationsentwicklung, Digitalstrategie und Managementstrukturen. Teilweise sei nicht ausreichend belegt worden, warum die Leistungen nicht durch eigene Beschäftigte hätten erbracht werden können. Zudem kritisiert der Rechnungshof, dass die Ergebnisse der Beratungsleistungen häufig schwer messbar seien.

## Behörde oder Unternehmen?

Besonders bemerkenswert ist die grundsätzliche Argumentation des Rechnungshofs. In dem Bericht wird

die Sorge formuliert, die DRV Bund orientiere sich zunehmend an Konzepten aus der Unternehmenswelt. Begriffe wie „Unternehmensstrategie“, „Top-Management“ oder „Geschäftsmodelle“ würden nach Ansicht der Prüfer nicht ohne Weiteres zum gesetzlichen Auftrag eines Sozialversicherungsträgers passen. Damit geht die Kritik über einzelne Beratungsverträge hinaus. Sie berührt eine zentrale Frage moderner Verwaltungssteuerung: Soll eine Behörde primär bestehende Aufgaben effizient verwalten oder sich aktiv als Organisation weiterentwickeln und transformieren?

## Die Gegenposition der Rentenversicherung

Die Deutsche Rentenversicherung weist die Kritik in wesentlichen Punkten zurück. Aus Sicht der Behörde stehen die Projekte in engem Zusammenhang mit den Herausforderungen der kommenden Jahre. Dazu zählen unter anderem die Digitalisierung von Verwaltungsprozessen, der demografische Wandel, neue gesetzliche Anforderungen sowie die Modernisierung von IT-Systemen. Die DRV argumentiert, dass die steigende Komplexität ihrer Aufgaben

teilweise spezielles Know-how erfordere, das nicht jederzeit intern verfügbar sei. Externe Beratung werde deshalb gezielt eingesetzt, um notwendige Veränderungen schneller umzusetzen.

## Ein Konflikt mit grundsätzlicher Bedeutung

Der Fall zeigt exemplarisch einen Konflikt, der weit über die Rentenversicherung hinausreicht. Viele öffentliche Institutionen stehen unter Druck, digitale Prozesse einzuführen, Fachkräftemangel zu bewältigen und ihre Organisationen an neue Rahmenbedingungen anzupassen. Gleichzeitig wächst die Kritik an einem zunehmenden Einsatz externer Beratungsunternehmen. Befürworter argumentieren, dass spezialisierte Expertise komplexe Modernisierungsvorhaben beschleunigen könne. Kritiker sehen dagegen die Gefahr, dass Beratungsprojekte zum Selbstzweck werden und öffentliche Einrichtungen immer stärker von externem Know-how abhängig werden.

## Was bedeutet das für die Rentenversicherung?

Für die Versicherten hat die Debatte zunächst keine unmittelbaren Auswirkungen auf Rentenzahlungen oder Leistungsansprüche. Dennoch berührt sie einen sensiblen Punkt. Die Deutsche Rentenversicherung verwaltet jährlich Milliardenbeträge und zählt zu den größten Sozialversicherungsträgern Europas. Entsprechend hoch sind die Erwartungen an einen wirtschaftlichen Umgang mit den verfügbaren Mitteln. Der Bundesrechnungshof kann die kritisierten Projekte zwar nicht stoppen. Seine Berichte haben jedoch regelmäßig Einfluss auf politische Debatten und parlamentarische Beratungen. Die eigentliche Wirkung entfalten sie über Transparenz und öffentlichen Druck.

## Mehr als eine Haushaltsfrage

Der Bericht des Rechnungshofs wirft damit letztlich eine größere Frage auf: Wie soll der Staat im digitalen Zeitalter organisiert sein? Während die DRV Bund argumentiert, dass Transformation und Modernisierung Voraussetzung für die Erfüllung ihrer Aufgaben sind, warnt der Rechnungshof vor einer Entwicklung, bei der strategische Projekte und externe Beratung zum Selbstzweck werden könnten. Die Antwort auf diese Frage dürfte nicht nur für die Rentenversicherung relevant sein. Sie betrifft den Umgang des gesamten öffentlichen Sektors mit Digitalisierung, Effizienz und dem Einsatz externer Expertise.

Versicherungs- und Finanznachrichten

# expertenReport



<https://www.experten.de/id/4950183/Rentenversicherung-in-der-Beraterfalle-Bundesrechnungshof-kritisiert-Millionen-Ausgaben/>